

■ Alle wussten es – das Politbüro ebenso wie die Planungschefs, die Staatssicherheit und der mächtige Generalsekretär Erich Honecker: Die DDR hing schon in den siebziger Jahren am westlichen Tropf und fand keinen Ausweg aus der Schuldenfalle. Vorschläge, etwas daran zu ändern, gab es genug, wie Andreas Malycha vom Institut für Zeitgeschichte zeigen kann. Sie scheiterten aber am Veto von Honecker, der nicht bereit war, sein kostspieliges politisches Credo, die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, aufzugeben. War Honecker blind geworden oder wusste er genau, dass es eine sparsame Alternative nicht mehr gab? ■

Andreas Malycha

Ungeschminkte Wahrheiten

Ein vertrauliches Gespräch von Gerhard Schürer, Chefplaner der DDR, mit der Stasi über die Wirtschaftspolitik der SED im April 1978

Honeckers Wirtschafts- und Sozialpolitik – ein zentrales Konfliktfeld im SED-Politbüro

Die Mechanismen der Meinungs- und Entscheidungsfindung im engeren Führungszirkel der SED blieben der Forschung auf Grund fehlenden oder nicht zugänglichen Archivmaterials lange Zeit verborgen. Die im Laufe der 1970er Jahre im Politbüro aufbrechenden Konflikte über den wirtschaftspolitischen Kurs der Partei wurden erstmals im Kontext von Interviews mit Wirtschaftsfachleuten aus der obersten Planungsbehörde der DDR analysiert¹. Die Hinweise damaliger Insider auf Konflikte im engeren Führungskreis konnten später anhand des nunmehr zugänglichen Archivmaterials überprüft und für die 1980er Jahre bestätigt werden². Es wurde erkennbar, mit welchen Absichten, Motiven und Methoden darüber gestritten wurde, ob und unter welchen wirtschaftlichen Bedingungen die seit 1971 ausufernde Sozialpolitik finanzierbar und durchzuhalten sein würde.

¹ Vgl. die Protokolle über die Gespräche mit Gerhard Schürer und Siegfried Wenzel am 25.2.1993 und 21.5.1993, in: Theo Pirker/Rainer M. Lepsius/Rainer Weinert/Hans-Hermann Hertle (Hrsg.), *Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen*, Opladen 1995, S.67–120; Hans-Hermann Hertle, *Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED*, in: Ebenda, S.314 ff.

² Vgl. Hans-Hermann Hertle, *Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft. Das Scheitern der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ am Beispiel der Schürer/Mittag-Kontroverse im Politbüro 1988*, in: *Deutschland Archiv* 25 (1992), S.127–131; ders., *Der ökonomische Untergang des SED-Staates*, in: Ebenda, S.1019–1030; ders., *Der Sturz Erich Honeckers. Zur Rekonstruktion eines innerparteilichen Machtkampfes*, in: Klaus-Dietmar Henke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), *Widerstand und Opposition in der DDR*, Köln 1999, S.327–346.

Von Anfang an stand dabei die Außenhandelsbilanz und die ständig steigende Verschuldung im westlichen Ausland im Zentrum des Konflikts³.

In neueren Veröffentlichungen richtete sich der Fokus auf die internen Analysen des Ministeriums für Staatssicherheit über volkswirtschaftliche Schlüsselprobleme⁴. Hier steht die Hauptabteilung XVIII im Zentrum des Interesses, die zentrale volkswirtschaftliche Bereiche „operativ“ abzusichern hatte⁵. Die Bestandsaufnahmen der seit 1974 von dem Diplom-Wirtschaftswissenschaftler Alfred Kleine im Range eines Generalmajors geleiteten Hauptabteilung dokumentieren, wie und wie präzise Grundprobleme des Planungsmechanismus und strukturelle Mängel der DDR-Wirtschaft in den 1980er Jahren beschrieben wurden. Informationen von Abteilungsleitern der Staatlichen Plankommission (SPK) sowie politischen Mitarbeitern der Abteilung Planung und Finanzen beim ZK der SED dienten dabei als wichtige Quellen⁶.

Aufgrund von Berichten ihrer Schlüssel-IM gelangte die Hauptabteilung XVIII zu einer im DDR-Berichtswesen nicht üblichen realitätsnahen Bestandsaufnahme der Lage in der Volkswirtschaft⁷. Fraglich ist indes noch immer, welchen Weg diese brisanten Analysen genommen haben. Dass Erich Mielke, der Chef der Stasi, dem Generalsekretär der SED Erich Honecker die Wahrheit über die reale Wirtschaftslage nicht zumuten wollte, belegen die Berichte der „Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe“ (ZAIG) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)⁸. Was die ZAIG über ausgewählte aktuelle Probleme in einzelnen Betrieben

³ Vgl. Ralf Ahrens, *Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW – Strukturen und handelspolitische Strategien 1963–1976*, Köln 2000; Jörg Roesler, *Die Wirtschafts- und Finanzbeziehungen der DDR zum Westen in den 70er und 80er Jahren*, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), *Die DDR in Europa – zwischen Isolation und Öffnung. Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen*, Münster 2005, S. 134–151; Christoph Buchheim, *Die Achillesferse der DDR – der Außenhandel*, in: André Steiner (Hrsg.), *Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte?*, Berlin 2006, S. 91–103.

⁴ Vgl. Hans-Hermann Hertle, *Die DDR an die Sowjetunion verkaufen? Stasi-Analysen zum ökonomischen Niedergang der DDR*, in: *Deutschland Archiv* 42 (2009), S. 476–495; ders., *Wunderwirtschaft – Konsumsozialismus*, in: Ders./Stefan Wolle (Hrsg.), *Damals in der DDR. Alltag im Arbeiter- und Bauernstaat*, München 2006, S. 247 ff.

⁵ Vgl. Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, *Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft*, in: *Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden. MfS-Handbuch*, Berlin 1997, Teil III/10, Berlin 1997.

⁶ Die Annahme, es habe keine Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS im Apparat des ZK gegeben, kann im Lichte neuer Quellen nicht aufrecht erhalten werden. Vgl. Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989*, Berlin 1998, S. 106; In den Richtlinien für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern des MfS findet sich kein derartiger Hinweis. Vgl. Helmut Müller-Enbergs, *Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil I: Richtlinien und Durchführungsbestimmungen*, Berlin 2010, S. 51 ff.

⁷ Vgl. zu den Berichten des MfS aus der Wirtschaft Siegfried Suckut, *Seismographische Aufzeichnungen. Der Blick des MfS auf Staat und Gesellschaft in der DDR am Beispiel der Berichte an die SED-Führung 1976*, in: Jens Gieseke (Hrsg.), *Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR*, Göttingen 2007, S. 99–128.

⁸ Zum Aufbau und der Arbeitsweise der ZAIG sowie zur Entwicklung des Berichtswesens vgl. Roger Engelmann/Frank Joestel, *Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe*, Berlin 2009.

und Wirtschaftszweigen an die SED-Führung weitergab, hatte aufgrund der Selbstzensur ihrer Berichte nur begrenzten Wert. Eine zusammenfassende Analyse der grundlegenden Ursachen der Missstände, zu der das MfS aufgrund der vielen Detailinformationen aus den Betrieben durchaus in der Lage gewesen wäre, legte es dem Politbüro nicht vor. Stattdessen beschränkte es sich in den Berichten an die Parteiführung auf Informationen über „Havarien“ in den volkseigenen Betrieben und darauf, einzelne Betriebsdirektoren für bestimmte Missstände verantwortlich zu machen, um auf diese Weise als eine Art Aufsichtsbehörde über den Wirtschaftsapparat in Erscheinung zu treten⁹.

Was die Leitung der HA XVIII durch ihre Inoffiziellen Mitarbeiter sowie offizielle Kanäle in der Wirtschaft tatsächlich wusste, zeigt das hier abgedruckte Dokument. Dabei handelt es sich um ein Zeugnis eines führenden DDR-Funktionärs aus dem Jahr 1978 über wirtschaftliche Probleme, die nach gängiger Auffassung erst in den 1980er Jahren akut wurden¹⁰. Erstmals wird hier in aller Deutlichkeit sichtbar, wie schon 1978 die negativen Auswirkungen der Weichenstellungen des VIII. Parteitags von 1971 sowohl im Politbüro als auch unter führenden Wirtschaftsexperten zu heftigen Diskussionen und recht unterschiedlichen Korrekturvorschlägen führten. Die Gesprächsnotizen geben somit bemerkenswerte Aufschlüsse über einen zentralen Konflikt innerhalb der SED-Führung im Vorfeld der in den 1980er Jahren sich verschärfenden ökonomischen Krise, der bislang lediglich in Zeitzeugenberichten und selektiv veröffentlichten Dokumenten thematisiert wurde¹¹.

Das ungelöste Problem der Zahlungsbilanz

Am 24. April 1978 redete der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission Gerhard Schürer mit dem Leiter der Abteilung XVIII/4 des Ministeriums für Staatssicherheit Oberstleutnant Horst Roigk Klartext¹². Roigks Abteilung war für die Überwachung der zentralen Leitungs- und Planungsorgane der Wirtschaft zu-

⁹ Vgl. Siegfried Suckut, Einleitung 1976, in: Ders. (Hrsg.), Die DDR im Blick der Stasi 1976. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen 2009, S. 32–36.

¹⁰ Vgl. exemplarisch: Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren. Am Ende des realen Sozialismus, Bd. 2, hrsg. v. Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig, Opladen 1996.

¹¹ Vgl. Henrik Eberle/Denise Wesenberg (Hrsg.), Einverstanden, E. H. Parteiinterne Hausmitteilungen, Briefe, Akten und Intrigen aus der Honecker-Zeit, Berlin 1999; Gerhard Schürer, Gewalt und verloren. Eine deutsche Biographie, Frankfurt (Oder) 1998; Günter Mittag, Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme, Berlin 1991; Alexander Schalck-Golodkowski, Deutsch-deutsche Erinnerungen, Reinbek bei Hamburg 2000.

¹² Hauptabteilung XVIII: Information über ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Gerhard Schürer, über Probleme der Volkswirtschaft am 24. April 1979 vom 27. 4. 1978, in: Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR (künftig: BStU), MfS HA XVIII 16067, Bl. 1–12.

ständig und deshalb ein guter Adressat¹³. Es ging um die Wirtschaftspolitik der SED, die Stellung Günter Mittag als ZK-Sekretär für Wirtschaft in der obersten Machthierarchie, Schürers persönliches Verhältnis zu Günter Mittag und Erich Honecker sowie um interne Querelen in der obersten staatlichen Planungsbehörde.

Den Anlass des Gesprächs zwischen Schürer und Roigk am 24. April 1978 bildete eine Beratung der SPK-Leitung – beteiligt waren auch die Stellvertreter Schürers sowie die Abteilungsleiter – am 21. April 1978 über die Eckpunkte des Volkswirtschaftsplanes 1979. Der von der SPK vorgelegte Planentwurf wurde aber von Honecker, Mittag und Willi Stoph zurückgewiesen, weil die Probleme der Zahlungsbilanz, die im Laufe des Jahres 1979 gelöst werden sollten, angeblich nicht berücksichtigt worden waren. Die unausgeglichene Zahlungsbilanz gehörte seit 1971 zu den zentralen Problemen, deren Bereinigung für das Überleben der DDR unabdingbar war¹⁴. Honecker und Mittag sahen in der Erhöhung der Leistungskraft der Wirtschaft und einer damit verbundenen Exportoffensive gegenüber dem „Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ (NSW) die einzige Möglichkeit, um die ständig wachsende Auslandsverschuldung zu bremsen bzw. zu reduzieren. Wiederholte Beschlüsse zur Reduzierung bzw. Halbierung des Negativsaldos, also des Saldos aus Forderungen und Verbindlichkeiten, wurden allerdings nie umgesetzt¹⁵. Er stieg von rund 2 Mrd. Valutamark (VM)¹⁶ im Jahre 1970¹⁷ auf über 22 Mrd. VM im Jahre 1979¹⁸. Vor allem nach 1972 wuchs die Verschuldung gegenüber dem Westen insbesondere in konvertierbaren Devisen durch das schnellere Ansteigen der Verbindlichkeiten gegenüber den Forderungen ständig, wodurch sogenannte Zwischenfinanzierungen in Form von Bargeldkrediten zur Rückzahlung der anstehenden Tilgungsraten und Zinsen erforderlich wurden.

Gerhard Schürer hatte bereits im November 1972 vor einer Westverschuldung gewarnt, die zu akuten Zahlungsschwierigkeiten führen könne¹⁹. Er sorgte sich allerdings nicht nur um den rasch wachsenden Negativ-Saldo aus Forderungen und

¹³ Vgl. Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit, bearbeitet von Roland Wiedmann, in: MfS-Handbuch, Berlin 1996, S. 172f.

¹⁴ Vgl. Armin Volze, Zur Devisenverschuldung der DDR – Entstehung, Bewältigung und Folgen, in: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft – Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, hrsg. v. Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig, Opladen 1999, S. 151–177.

¹⁵ Exemplarisch der Beschluss des Politbüros der SED über „Lösungsvorschläge zur Zahlungsbilanz 1973 für das kapitalistische Wirtschaftsgebiet“ vom 28. 11. 1972, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig: SAPMO BA), DY 30 J IV 2/2A/1644.

¹⁶ Bei einem Umrechnungskurs: 1 \$ = 1,90 VM.

¹⁷ Gerhard Schürer „Information über Probleme des Planentwurfs 1973 der Zahlungsbilanz für das kapitalistische Wirtschaftsgebiet“ vom 24. 11. 1972, in: SAPMO BA, DY 30 J IV 2/2A/1644.

¹⁸ Information für das Politbüro über die Entwicklung der Zahlungsbilanz und der Außenwirtschaftsbeziehungen vom 18. 9. 1980, in: Ebenda, DY 30/5211.

¹⁹ „Information über Probleme des Planentwurfs 1973 der Zahlungsbilanz für das kapitalistische Wirtschaftsgebiet“ vom 24. 11. 1972, in: SAPMO BA, DY 30 J IV 2/2A/1644.

Verbindlichkeiten, sondern auch um das zunehmende Bargelddefizit. Die Hauptursache für diese Entwicklung bestand für ihn darin, „daß den in zunehmendem Maße steigenden Importen im NSW – insbesondere gegen konvertierbare Devisen – keine entsprechenden Exporte gegenüberstehen. Außerdem wurden über mehrere Jahre hinweg die Exportpläne nicht erfüllt und die Importpläne wurden überzogen.“²⁰ Das ständig steigende Bargelddefizit entwickelte sich bereits damals zu einem ernsthaften Problem. Ende 1979 kletterte es auf 3,3 Mrd. VM, weil die zur Verfügung stehenden Barmittel insgesamt nicht mehr ausreichten, um die fälligen Barausgaben (Kredittilgungen, Zinszahlungen) zu decken²¹. Dafür mussten jeweils neue Bargeldkredite mit weiteren Zinsbelastungen zu immer ungünstiger werdenden Bedingungen aufgenommen werden. Die SPK, die Außenhandelsbank der DDR, das Finanzministerium sowie auch die ZK-Abteilung Planung und Finanzen befürchteten deshalb einen rasanten Anstieg des Bargelddefizits, das schon in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre nicht mehr auszugleichen sein werde. Trotz fortwährender Mahnungen der SPK, die Verschuldung gegenüber dem westlichen Ausland werde in absehbarer Zeit nicht mehr beherrschbar sein²², sowie erneuter Politbürobeschlüsse²³ konnte die Zunahme der Auslandsverschuldung auch in den 1980er Jahren nicht gestoppt werden.

Das Politbüro der Honecker-Ära wich dennoch nicht von seinem Kurs ab. Es setzte unverdrossen auf einen ständig steigenden Exportüberschuss im Handel mit dem Westen, der bis 1989 als Schlüssel für die Beherrschung des Zahlungsbilanzproblems galt. Der im Januar 1973 vom Politbüro beschlossene Grundsatz, die für die Volkswirtschaft notwendigen Importe, die Ausgaben für Dienstleistungen sowie fällige Zahlungen durch wachsende Exporte zu erwirtschaften, wurde jedoch nie eingehalten²⁴. Der Abbau der Schulden und die beabsichtigte Exportoffensive konnten im Rahmen der von Honecker verfolgten Wirtschaftspolitik nur dann gelingen, wenn überdurchschnittliche Wachstumsraten in der industriellen Warenproduktion erzielt würden, was angesichts der volkswirtschaftlichen Voraussetzungen auch in den Planungsbehörden und Ministerien als unrealistisch eingeschätzt wurde. Tatsächlich ließ sich der geplante Exportüberschuss gegenüber den westlichen Industriestaaten niemals erreichen. Daraus ergab sich bereits

²⁰ Ebenda.

²¹ Informationen über die Zahlungsbilanz und Außenwirtschaftsbeziehungen bis Ende August 1980 vom 18. 9. 1980, in: SAPMO BA, DY 30/5211.

²² Information der HA XVIII zur Entwicklung der Zahlungsbilanz der DDR gegenüber dem NSW vom 6. 3. 1982, in: BStU, MfS HA XVIII 13329, Bl. 19–21.

²³ Beschluss des Politbüros „über Maßnahmen zur vollen Sicherung der Zahlungsbilanz 1981 gegenüber dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ vom 30. 6. 1981, der u. a. Einsparungen von NSW-Importen in Höhe von 1 Mrd. VM vorsah, in: SAPMO BA, DY 30/J IV 2/2/1899.

²⁴ Direktive zu den politisch-ideologischen und ökonomischen Aufgaben im Handel mit den nichtsozialistischen Ländern zur Durchführung der Beschlüsse des VIII. Parteitag vom 16. 1. 1973, in: Ebenda, DY 30 J IV 2/2A/1653.

Ende der 1970er Jahre eine außerordentliche Belastung der Zahlungsbilanz, die jederzeit zu Zahlungsunfähigkeit führen konnte²⁵.

Kontroversen über die Wirtschaftspolitik der SED

Als die Probleme Mitte der 1970er Jahre offenkundig wurden, ließen erste grundsätzliche Kontroversen über die seit 1971 verfolgte Wirtschaftspolitik nicht lange auf sich warten. Honecker und die Mehrheit des Politbüros hatten damals das Ende der Wirtschaftsreformen und eine ordnungspolitische Rückbesinnung auf das System der Wirtschaftsplanung der 1950er Jahre mit einer neuen Dimension der Sozialpolitik verknüpft²⁶. Nicht mehr die Modernisierung der industriellen Basis und die Forcierung von Forschung und Entwicklung, sondern die Sozialpolitik sollte als Mittel der Herrschaftsstabilisierung dienen. Oberstes Rationalitätskriterium war – wie schon zuvor – die Erhöhung der Akzeptanz der Parteiherrschaft²⁷. Diese Entscheidung wurde bewusst und in Kenntnis der die Ökonomie überfordernden Lasten, also letztendlich trotz der Gefährdung der mittel- und langfristigen Stabilität der DDR getroffen. Führende Ökonomen und Experten in der obersten Planungsinstanz zweifelten zwar an der Zweckmäßigkeit dieser Strategie, doch fand sich nach dem Machtantritt Honeckers zunächst niemand im Politbüro, der diese Bedenken offen aussprach.

Das anfängliche Schweigen im Politbüro resultierte nicht zuletzt aus dem einschneidenden Personalwechsel in den obersten Führungsetagen der Staats- und Wirtschaftsverwaltung, der beträchtliche Unsicherheit über die weiteren „kaderpolitischen“ Absichten Honeckers im Politbüro schürte. Am 3. Oktober 1973 wurden auf Initiative Honeckers Horst Sindermann zum Vorsitzenden des Ministerrats, Willi Stoph zum Vorsitzenden des Staatsrats und Günter Mittag zum Ersten Stellvertreter Sindermanns gewählt. Für den früheren Protagonisten des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung Günter Mittag war die Ablösung als ZK-Sekretär für Wirtschaft und seine Versetzung in den Ministerrat Maßregelung, Warnschuss und Bewährungsfrist zugleich. Seinen Sitz im Staatsrat hatte Mittag bereits 1971 verloren; erst 1979 wurde er dort wieder Mitglied, 1984 rückte er zum stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrates auf. Zum Nachfolger Mittags als Wirtschaftssekretär bestimmte die 10. ZK-Tagung am 2. Oktober 1973

²⁵ Vgl. André Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, München 2004, S. 191–196.

²⁶ Vgl. Peter Skyba, *Politische Rahmenbedingungen 1971–1981*, in: *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Band 10: 1971–1989. Deutsche Demokratische Republik. Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang, hrsg. v. Christoph Boyer, Klaus-Dietmar Henke und Peter Skyba, Baden-Baden 2008, S. 5–34; Günter Manz/Ekkehard Sasse/Gunnar Winkler (Hrsg.), *Sozialpolitik in der DDR. Ziele und Wirklichkeit*, Berlin 2001; Beatrix Bouvier, *Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker*, Bonn 2002; Peter Hübner/Christa Hübner, *Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968–1976*, Köln 2008.

²⁷ Vgl. Peter Skyba, *Sozialpolitik als Herrschaftssicherung. Entscheidungsprozesse und Folgen in der DDR der siebziger Jahre*, in: Clemens Vollnhals/Jürgen Weber (Hrsg.), *Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur*, München 2002, S. 39–80.

das Politbüromitglied Werner Krolikowski, der freilich von Agitation und Propaganda mehr verstand als von Wirtschaft. Zu den neuen Kandidaten im Politbüro gehörte auch Gerhard Schürer.

Honecker demonstrierte insbesondere durch die Absetzung Mittags seinen Machtwillen. Erst Ende Oktober 1976 betraute er Mittag erneut mit der Funktion des ZK-Sekretärs für Wirtschaft, was überraschend kam und schwer zu erklären ist. Der Verweis auf dessen Opportunismus greift zweifellos zu kurz²⁸. In der Außenwahrnehmung erwies sich Mittag seither als treuer Gefolgsmann Honeckers, doch gab es intern durchaus Spannungen zwischen Generalsekretär und Wirtschaftssekretär. Krolikowski, der für Mittag seinen Posten als ZK-Sekretär für Wirtschaft räumen und sich mit dem Amt als Erster Stellvertreter des Ministerratsvorsitzenden begnügen musste, gehörte seither zu den entschiedenen Gegnern des Wirtschaftskurses der Partei.

In ihren Überlegungen zur Bewältigung der strukturellen Probleme der Planwirtschaft bezogen sich Schürer und seine Stellvertreter immer wieder auf die Wirtschaftsreform aus den 1960er Jahren, die gegen Ende des Jahrzehnts aufgrund von gravierenden Problemen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern, aber auch in der Zulieferindustrie für die Großbetriebe beendet worden war²⁹. Tatsächlich gelang es Honecker zunächst, die 1970 ausgebrochene Versorgungskrise zu überwinden, die aus unrealistischen Wachstumszielen in der Industrie resultiert hatte. Honecker und die Mehrheit im Politbüro werteten diesen Erfolg als Zeichen für die Richtigkeit der neuen Wirtschaftsstrategie und starteten zugleich ambitionierte Sozialprojekte³⁰, während Forschung und Entwicklung in bedeutsamen Technologiebereichen vernachlässigt wurden³¹. Dieser Kurswechsel kann als einer der Gründe für die später aufbrechende Krise gesehen werden, die der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission seit 1975/76 in internen Analysen immer wieder ansprach³². Honeckers Konzept der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik war mit einer innovativen Eigendynamik in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik nicht zu vereinbaren. Sein Kalkül, unter Ignorierung der wissenschaftlich-technischen Revolution eine kostspielige Sozialpolitik zu verwirklichen und auf diese Weise das Herrschaftssystem zu stabilisieren, trug das Risiko des völligen Scheiterns in sich³³.

²⁸ Vgl. Peter Przybylski, *Tatort Politbüro. Die Akte Honecker*, Berlin 1991, S. 120 f.

²⁹ Vgl. Jörg Roesler, *Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1970*, Freiburg i. Br. 1990; André Steiner, *Die DDR-Wirtschaftsreform der 60er Jahre. Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül*, Berlin 1999.

³⁰ Vgl. Christoph Boyer/Peter Skyba, *Sozial- und Konsumpolitik als Stabilisierungsstrategie. Zur Genese der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in der DDR*, in: *Deutschland Archiv* 32 (1999), S. 577–590.

³¹ Vgl. Agnes Charlotte Tandler, *Geplante Zukunft. Wissenschaftler und Wissenschaftspolitik in der DDR 1955–1971*, Freiberg 2000.

³² Einschätzung von Gerhard Schürer zum Entwurf des Fünfjahrplanes 1976 bis 1980 vom 6. 10. 1976, in: *Bundesarchiv (künftig: BA) Berlin, DE 1/58746*.

³³ Vgl. Peter Skyba, *Die Sozialpolitik der Ära Honecker aus institutionengeschichtlicher Perspektive*, in: Christoph Boyer/Peter Skyba (Hrsg.), *Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR*, Dresden 1999, S. 49–62;

Zwar sollte Honeckers Sozialpolitik auf dem Grundsatz beruhen, dass diesbezügliche Segnungen, insbesondere die mit Valutamittel eingeführten westlichen Konsumgüter, nur dann verteilt werden konnten, wenn die wirtschaftliche Grundlage dafür gegeben sei. Doch nahm man in der Praxis kaum Rücksicht auf volkswirtschaftliche Voraussetzungen. Das Leistungsdenken wurde immer mehr durch Anspruchsdenken ersetzt, nicht zuletzt deshalb, weil die Partei die versprochenen „Wohltaten“ anfangs schneller verteilte als es die volkswirtschaftlichen Ergebnisse rechtfertigten³⁴. Da Honecker Abstriche an seiner Sozialpolitik ablehnte, zu der insbesondere stabile Verbraucherpreise und niedrige Mieten gehörten, bekamen die Ministerien immer höhere Planvorgaben, die sie nur mit statistischen Tricks und sogenannten Planersatzleistungen einhalten konnten. Außerdem musste immer mehr und immer häufiger Geld aus dem Westen beschafft werden. Die Wirtschaftspolitik der SED hatte so schon bis 1976 einen inneren und äußeren Verschuldungsmechanismus in Gang gesetzt, der in der Folgezeit nicht mehr beherrscht werden konnte, da die sozialpolitischen Leistungen aus eigener Wirtschaftskraft nicht finanzierbar waren. Mit dem wirtschaftspolitischen Kurswechsel in der Ära Honecker war der letztlich vergebliche Versuch verbunden, die Defizite der Binnenwirtschaft und des Handels innerhalb des RGW durch einen Ausbau der Außenhandelsbeziehungen zu westlichen Industrieländern auszugleichen³⁵.

Honecker reagierte auf Kritik an seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere auf kritische Kommentare zur Zahlungsbilanz zunehmend giftiger. Anfang April 1976 lehnte Honecker in einem persönlichen Gespräch mit Schürer dessen Vorschläge zur drastischen Importreduzierung für den Fünfjahrplan 1976 bis 1980 entschieden ab³⁶. Schürer hatte vor einer Zinsbelastung im Rahmen des Fünfjahrplans in einer Größenordnung von 9 bis 10 Mrd. VM gewarnt. Dadurch würde sich das Bargelddefizit weiter verschärfen und neue Finanzkredite müssten aufgenommen werden, die jedoch nach Ansicht der Außenhandelsbank bereits für 1976/77 nicht mehr zu bekommen waren. Am 14. März 1977 wiesen Mittag und Schürer in einem gemeinsamen Brief Honecker nochmal eindringlich auf die außerordentliche Verschärfung der Zahlungsbilanzsituation gegenüber dem westlichen Ausland hin, die immer höhere Kredite allein für die Rückzahlung der Zinsschulden erforderlich mache³⁷. Ihren Hinweis auf den wachsenden Importüberschuss als wesentliche Ursache für das aktuelle Bargelddefizit in Höhe von 3,6 Mrd. VM betrachtete Honecker als einen persönlichen Angriff. Er reagierte

André Steiner, Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang. Zum wirtschaftlichen Niedergang der DDR, in: Konrad Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 153–192.

³⁴ Vgl. Peter Skyba/Christoph Boyer, Gesellschaftliche Strukturen und sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 10, S. 67–144.

³⁵ Vgl. Hertle, Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, in: Pirker/Lepsius/Weinert/Hertle (Hrsg.), Der Plan als Befehl und Fiktion, S. 310.

³⁶ Vgl. den Vermerk über eine Aussprache bei Erich Honecker am 2. 4. 1976, in: BA Berlin, DE 1/58746.

³⁷ Schreiben von Gerhard Schürer und Günter Mittag an Erich Honecker vom 14. 3. 1977, in: Ebenda.

insbesondere auf die Forderung nach der Beendigung westlicher Importe für die Versorgung der Bevölkerung schroff ablehnend³⁸ und hielt hartnäckig an der alten Maxime fest, die Exporte ins westliche Ausland zu steigern. Über eine andere Lösung des Zahlungsproblems wollte er nicht mehr diskutieren.

Mittag schlug sich nach dieser Abfuhr bedingungslos auf die Seite des Generalsekretärs. Schürer hingegen trat weiterhin als Mahner auf – auch im Politbüro, in dem die steigende Westverschuldung inzwischen als existenzielles Problem erkannt worden war³⁹. Die Mehrheit im Politbüro lehnte die von Schürer wiederholt geforderte Drosselung der Einfuhr westlicher Konsumgüter jedoch ab, weil dadurch eine Verschlechterung der Versorgungslage der Bevölkerung befürchtet wurde. Ähnliche Auswirkungen erwartete man von der Steigerung der Exporte in den Westen, weil die dafür vorgesehenen Güter, darunter landwirtschaftliche Produkte, dem Binnenmarkt entzogen wurden, was sich wiederum auf das Versorgungsniveau im Inland auswirken musste. Grundvoraussetzung für einen vorteilhaften Außenhandel mit kapitalistischen Ländern wären wettbewerbsfähige und devisaerzielbare Exportgüter gewesen, an denen es der DDR aber aufgrund ihres technologischen Rückstandes und der vergleichsweise geringeren Arbeitsproduktivität mangelte.

Ein vertrauliches Gespräch über wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen

Die Aufzeichnung über das Gespräch Roigks mit dem Vorsitzenden der SPK am 24. April 1978 macht drei Aspekte der Wirtschaftspolitik der SED deutlich, über die im Politbüro der SED unterschiedliche Auffassungen herrschten: erstens die Ausgaben für westliche Importgüter, zweitens das Verhältnis von Sozial- und Wirtschaftspolitik und drittens die Zahlungsbilanz der DDR. Darüber hinaus gibt das Dokument Einblick in die Entscheidungshintergründe in der Wirtschaftspolitik bzw. über den persönlichen Einfluss Günter Mittags auf wirtschaftspolitische Entscheidungen. Schürer sprach nicht grundlos mit einem ranghohen Offizier der Staatssicherheit. Er verfolgte dabei offenbar die Absicht, Honecker über den Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, zu einem Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik bewegen zu können. Schürer hoffte zu diesem Zeitpunkt noch auf eine grundsätzliche Umkehr in der Strategie der SED und eine damit verbundene Besserung der wirtschaftlichen Lage.

Das Gespräch fand zwischen zwei Funktionsträgern in der obersten Machthierarchie der DDR statt, die über genaue Einblicke in die Abläufe, Planungsmechanismen und Strukturzusammenhänge, mithin auch über die strukturellen Schwä-

³⁸ Handschriftliche Aufzeichnungen Gerhard Schürers über ein persönliches Gespräch bei Erich Honecker am 28.4.1977, in: BA Berlin, DE 1/58746. Vgl. Hertle, Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, in: Pirker/Lepsius/Weinert/Hertle (Hrsg.), Der Plan als Befehl und Fiktion, S. 315.

³⁹ Exemplarisch dazu die Notizen über die Beratung zum Entwurf des Fünfjahrplanes am 5.11.1976, in: BA Berlin, DE 1/58746.

chen und Defizite der DDR-Wirtschaft verfügten. Schürer hatte sich seit Anfang der 1950er Jahre als stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Wirtschaftsplanung in der Landesregierung Sachsen, als Abteilungsleiter in der Staatlichen Plankommission sowie als Sektoren- bzw. Abteilungsleiter in der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED als ausgewiesener Fachmann für Wirtschaftsplanung und -lenkung profiliert. 1966 wurde er als Nachfolger von Erich Apels zum Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission ernannt⁴⁰. Seit damals fungierte er auch als Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR. Schon im Januar 1963 hatte ihn der VI. Parteitag der SED zum Mitglied des Zentralkomitees der Partei gewählt; im Oktober 1973 kam er als Kandidat in das Politbüro. Seine außerordentlichen Fachkenntnisse auf dem Gebiet der Wirtschaftsplanung haben wesentlich dazu beigetragen, dass Schürer bis Dezember 1989 trotz wiederholter Anfeindungen und Anschuldigungen als Vorsitzender der SPK auf seinem Posten verbleiben konnte.

Sein Gesprächspartner Horst Roigk wusste als Diplom-Wirtschaftswissenschaftler, wovon Schürer sprach⁴¹. Roigk gehörte dem MfS seit 1955 an und war im Oktober 1966 erster kommissarischer Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung als Offizier im besonderen Einsatz der Hauptabteilung XVIII im Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel geworden, bevor er Anfang 1967 von Alexander Schalck-Golodkowski abgelöst wurde⁴². Aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit und seiner leitenden Position in der HA XVIII erhielt Roigk Zugang zu internen Informationen über den Zustand der DDR-Wirtschaft, die er an den Leiter der Hauptabteilung sowie an Erich Mielke direkt weiterleitete.

Schürer war in dem Gespräch sehr offenherzig und gab seinen Eindruck wieder, dass man mit dem Generalsekretär bis vor ein, zwei Jahren noch über die anstehenden wirtschaftlichen Probleme habe diskutieren können. Auf sachliche Argumente habe Honecker durchaus reagiert. Doch jetzt, im Jahre 1978, sei dies nicht mehr der Fall. Der Generalsekretär habe die Kompliziertheit der ökonomischen Situation nicht erfasst und sei offensichtlich auch nicht willens, sich mit den Problemen ernsthaft auseinanderzusetzen. Er, Schürer, werde von Honecker kaum mehr empfangen, der Generalsekretär verlasse sich ausschließlich auf den Rat seines Wirtschaftssekretärs Mittag, der in den Augen Schürers schon kurze Zeit nach seiner Wiedereinsetzung in seine frühere Funktion als ZK-Sekretär im Oktober 1976 zum engsten Vertrauten des Generalsekretärs wurde. Vor diesem Hintergrund müssen frühere Mutmaßungen über die interne Machtverteilung im Politbüro während der Honecker-Ära korrigiert werden⁴³.

⁴⁰ Kaderakte Gerhard Schürers, in: SAPMO BA, DY 30 IV 2/11/v. 5472.

⁴¹ Vgl. das Interview mit „Dr. Horst R.“, in: Gisela Karau, Stasiprotokolle. Gespräche mit ehemaligen Mitarbeitern des „Ministeriums für Staatssicherheit“ der DDR, Frankfurt a. M. 1992, S. 20–34.

⁴² Vgl. Reinhard Buthmann, Die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung, in: MfS-Handbuch, Teil III/11, Berlin 2003, S. 7.

⁴³ Vgl. Peter Przybylski, Tatort Politbüro, Band 2: Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, Berlin 1992, S. 141ff.

Schürer berichtete ferner darüber, dass er die sich verschlechternde ökonomische Lage, insbesondere die Zahlungsschwierigkeiten, wiederholt im engen Kreis offen zur Sprache gebracht habe. An den Gesprächen seien Honecker, Mittag, Stoph und zeitweise Krolikowski beteiligt gewesen. Die überlieferten Aufzeichnungen Gerhard Schürers und auch Heinz Klopfers, einer der Stellvertreter Schürers und Staatssekretär in der SPK, bestätigen diese Behauptung. Tatsächlich fanden vor entscheidenden Politbürositzungen, in denen Eckdaten der wirtschaftlichen Perspektivpläne erörtert wurden, regelmäßig interne Besprechungen in einem engen und einem erweiterten Kreis statt. Dem engeren Kreis gehörten den Aufzeichnungen zufolge lediglich Honecker, Mittag und Schürer an⁴⁴. Im Anschluss daran wurden die Planentwürfe in einem erweiterten Kreis von ausgewählten Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros sowie ZK-Abteilungsleitern behandelt. Dazu gehörten Erich Honecker, Günter Mittag, Gerhard Schürer bzw. sein Stellvertreter Heinz Klopfer, Willi Stoph, Gerhard Grüneberg, Kurt Hager, Werner Krolikowski, Harry Tisch, Paul Verner, Werner Jarowsky und Günter Ehrensperger⁴⁵. Erst danach wurde der jeweilige Planentwurf dem gesamten Politbüro vorgelegt, das in der Regel das vorgelegte Material ohne größere Diskussion bestätigte.

Wie aus den Mitschriften über die Politbürositzungen hervorgeht⁴⁶, ließ sich die Mehrheit offensichtlich von der Vorstellung leiten, komplizierte ökonomische Probleme könnten noch wie in den 1950er Jahren allein mit ideologischen Appellen und politischen Direktiven gelöst werden. Insbesondere bei Honecker dominierten ökonomisches Wunschdenken und politisches Kalkül gegenüber nüchternem Sachverstand. Funktionäre mit wirtschaftswissenschaftlicher Kompetenz und gesellschaftspolitischen Ambitionen, die nicht vor 1933 sozialisiert worden waren und eine neue Generation von „Führungskadern“ repräsentierten, fanden bei ihm kaum Gehör⁴⁷.

Planungschef Schürer befürwortete einen anderen Ansatz als Honecker, um insbesondere die steigende Westverschuldung zu stoppen. Er hielt die vom Politbüro am 16. Januar 1973 beschlossene Formel, mit hohen Exportüberschüssen das Zahlungsbilanzdefizit deutlich zu reduzieren⁴⁸, für illusorisch. Er schlug daher in dem Gespräch mit Roigk „grundsätzliche Maßnahmen in der Volkswirtschaft“ vor, die von der Partei- und Staatsführung umgehend beschlossen werden

⁴⁴ Notiz über die Beratung bei Erich Honecker am 2. 4. 1976 über Probleme des Fünfjahrplans 1976 bis 1980, in: BA Berlin, DE 1/58746.

⁴⁵ Notizen über die Beratung zum Entwurf des Fünfjahrplanes am 5. 11. 1976 bei Honecker sowie den Hinweis über die Beratung beim Generalsekretär am 18. 11. 1977, in: Ebenda.

⁴⁶ Niederschrift Heinz Klopfers über die Beratung zum Gesetzentwurf über den Volkswirtschaftsplan 1978 im Politbüro am 22. 11. 1977, in: Ebenda.

⁴⁷ Vgl. Gerhard Schürer, Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR – Ein Zeitzeugenbericht aus dem Zentrum der DDR-Wirtschaftslenkung, in: Kuhrt u. a. (Hrsg.), Die Endzeit der DDR-Wirtschaft, S. 84; grundsätzlich: André Steiner, Möglichkeiten und Grenzen einer Planwirtschaft, in: Helga Schultz/Hans-Jürgen Wagner (Hrsg.), Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Berlin 2007, S. 135–153.

⁴⁸ Beschluss über die Zahlungsbilanz und Außenwirtschaftsbeziehungen auf der Sitzung des Politbüros am 16. 1. 1973, in: SAMPO BA, DY 30 J IV 2/2/1430.

müssten. Vor allem lag ihm an einer Drosselung des privaten Konsums der Bevölkerung, an weitgehenden Importeinschränkungen, besonders in den Bereichen, die für die Konsumtion bestimmt waren, sowie am Stopp weiterer sozialpolitischer Maßnahmen.

Die von Schürer favorisierten Vorschläge machten die beiden unterschiedlichen Auffassungen über den Wirtschaftskurs der Partei deutlich. Schürer gehörte zu jenen Politbüromitgliedern, die auf eine Zurücknahme bzw. Korrektur der ausufernden Sozialpolitik drängten und den privaten Konsum der Bevölkerung zugunsten produktiver Investitionen drosseln wollten. Auch Krolikowski attackierte in seinen Briefen an die sowjetische Führung den Kurs Honeckers heftig. In einem Schreiben an Parteichef Leonid Breschnew vom 24. Oktober 1980 beklagte er das Festhalten am „Konsumsozialismus“ der DDR sowie „das Leben auf Vorgriff für bisher noch nicht erbrachte Leistungen, was dazu führte, dass mit Beginn der 70er Jahre von Jahr zu Jahr die Schuldenlast stieg, die inzwischen eine Höhe erreicht hat, die immer unbeherrschbarer wird und dem Kapitalismus zu jeder Zeit – wie ebenfalls mehrfach bereits belegt – die Möglichkeit gibt, die Zahlungsunfähigkeit der DDR herzustellen bzw. politisch die DDR zu erpressen“⁴⁹.

Um die Wirtschaft zu stabilisieren, hielten es Krolikowski und Schürer für erforderlich, Abstriche am Lebensstandard der Bevölkerung zu machen. In einem Vermerk vom Juni 1982 notierte Krolikowski: „Natürlich muss in der DDR das Lebensniveau eingeschränkt werden. Die Mehrheit von Partei, Arbeiterklasse und Volk ist auch dazu bereit, wenn dies ehrlich erklärt und mit einer überzeugenden Konzeption begründet wird.“⁵⁰ In diesem Punkt irrte Krolikowski. Die Bereitschaft, eine deutliche Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen mit Verweis auf bessere Zeiten zu tolerieren, war in den 1980er Jahren nicht mehr vorhanden. Die in der DDR aufgewachsene Generation wollte sich nicht mehr wie ihre Mütter und Väter auf eine ferne Zukunft vertrösten lassen. Die Vorschläge Krolikowskis, die er auch in Briefen an die sowjetische Führung präsentierte, stellten somit keine echte Alternative zum „Konsumsozialismus“ Honeckers dar.

Das Gespräch Schürers mit dem Stasi-Offizier macht deutlich, dass in der SED-Führung spätestens seit Mitte der 1970er Jahre die Funktionsmängel der Wirtschaftsplanung bekannt waren. Völlig Klarheit herrschte etwa darüber, dass die ökonomische Leistungskraft der DDR nicht ausreichte, um das seit 1971 verkündete sozialpolitische Programm umzusetzen. Um sowohl die anvisierte Leistungssteigerung der Wirtschaft mit dem Import von Rohstoffen und technischen Ausrüstungen abzusichern als auch den versprochenen Anstieg des Lebensstandards mit der Einfuhr westlicher Konsumgüter zu realisieren, mussten finanzielle Voraussetzungen geschaffen werden. Damit erhielt die Erwirtschaftung konvertierbarer Devisen innerhalb der gesamten Außenwirtschaft einen überaus hohen Stellenwert – und die Abhängigkeit von den Schwankungen des Weltmarktes wur-

⁴⁹ Information von Werner Krolikowski für Leonid Breschnew vom 24.10.1980, in: SAPMO BA, DY 30/25758.

⁵⁰ Werner Krolikowski, Zur Lage in der DDR, 16.6.1982, in: Ebenda.

de enorm erhöht⁵¹. Die Staatliche Plankommission wies den Generalsekretär und die wirtschaftspolitischen Abteilungen des Zentralkomitees regelmäßig zu Beginn der Erarbeitung von Perspektivplänen auf die gravierenden wirtschaftlichen Probleme hin, die aus der Politik der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, der außenwirtschaftlichen Öffnung der DDR und dem damit verbundenen Devisenbedarf resultierten. Die SED-Führung rutschte also nicht ahnungslos und unversehens in den wirtschaftlichen Abgrund.

Honecker und die Mehrheit des Politbüros hielten trotz der erkennbaren Schwächen der Wirtschaft und der Mängel der Planungen an ihrer Strategie fest, durch eine ökonomisch nicht fundierte Sozialpolitik die Herrschaft der SED zu stabilisieren. Honecker lehnte jegliche Korrektur oder gar Zurücknahme sozialpolitischer Maßnahmen ab, weil als Folge davon politische Instabilität, soziale Unruhe und eine Stärkung der innenpolitischen Opposition befürchtet wurden. Er weigerte sich auch strikt, die von einigen führenden Ökonomen geforderten Preissteigerungen vorzunehmen, und beharrte darauf, die kostspielige Subventionspolitik trotz der immer drängender werdenden außenwirtschaftlichen Belastungen fortzuführen. Die Stabilität der Verbraucherpreise, der Preise für Dienstleistungen und Mieten gehörte zu Honeckers eisernen Maximen, an denen nicht gerüttelt werden durfte. Hier wirkten noch die Erfahrungen des Aufstandes vom Juni 1953 nach, die zu großer Vorsicht bei sozialen Einschnitten zwang. Auch die Ereignisse in Polen deutete Honecker als Menetekel, als es im Dezember 1970 in der Folge drastischer Preiserhöhungen für Lebensmittel und andere Gebrauchsgüter zu Streiks, Massenkundgebungen und Demonstrationen gekommen war.

Die Mehrheit des Politbüros teilte bis zuletzt die Ansicht Honeckers und Mittags, die ständig wachsende Verschuldung durch einen rasant wachsenden Export in das westliche Ausland stoppen zu können. Dafür fehlten allerdings aufgrund des technologischen Rückstands und der Struktur des West-Exports die notwendigen ökonomischen Voraussetzungen. Forderungen und Vorschläge, die Exportstruktur grundlegend zu ändern, mündeten lediglich in vage Konzepte, die über Jahre im Planungsstadium verharren. Auf der anderen Seite forderten Schürer, Stoph und Krolikowski im Politbüro die Beachtung ökonomischer Grundregeln, die es erforderlich gemacht hätten, realistische Wirtschaftspläne auszuarbeiten und sowohl die gesellschaftliche wie auch die private Konsumtion zu drosseln. Dazu hätten der Abbau von Subventionen, ein grundlegendes Umschwenken in der Investitionspolitik und Preiserhöhungen in allen Bereichen, auch in der Preisgestaltung von Grundnahrungsmitteln, gehört. In der Folge wäre es höchstwahrscheinlich gelungen, die Wirtschaft zeitweilig zu stabilisieren. Eine Umsteuerung durch drastische Einschränkung der kostspieligen Sozialpolitik zugunsten einer industriellen Modernisierungs- und Wachstumspolitik konnte sich die SED-Führung jedoch nur dann leisten, wenn sie bereit war, die passive Loyalität der Bevölkerungsmehrheit aufs Spiel zu setzen – und das war sie nicht. Handlungsalternativen standen dem Politbüro somit nicht zur Verfügung.

⁵¹ Vgl. Buchheim, Die Achillesferse der DDR, in: Steiner (Hrsg.), Überholen ohne einzuholen, S. 97.

In der am 30. Oktober 1989 von Gerhard Schürer vorgelegten „Analyse der ökonomischen Lage der DDR“ räumte der oberste Planungschef seine persönliche Mitverantwortung am ökonomischen Scheitern der DDR ein⁵². Er behauptete darin, die SPK habe zwar mit „großer Konsequenz“ auf die wirtschaftlichen Probleme hingewiesen, das ständige Mahnen der Experten habe jedoch nicht ausgereicht, um gegen den Willen Honeckers einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel herbeiführen zu können. Aus den nunmehr zugänglichen Dokumenten geht klar hervor, wie sich Schürer im permanenten Konflikt zwischen ökonomischem Sachverstand und Parteidisziplin stets dem politischen Druck des Generalsekretärs und der Politbüromehrheit gebeugt hat. Auf die Frage, warum er trotzdem auf dem Posten des SPK-Vorsitzenden ausgeharrt habe, erklärte Schürer im historischen Rückblick: „Ich hätte manchmal alles hinschmeißen können. Dann saß ich mit meinen engsten Mitarbeitern zusammen, und die haben gesagt, Gerhard, wenn du gehst, dann wird es alles nur noch schlechter bei uns, bleib doch da.“⁵³

Dokument

Aufzeichnungen⁵⁴ über ein vertrauliches Gespräch mit dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, über die Wirtschaftspolitik der SED am 24. April 1978

Quelle: Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR (BStU), Bestand MfS, Akte HA XVIII 16067, Bl. 1 bis 12.

Hauptabteilung XVIII

Berlin, den 27. April 1978

Information

über ein Gespräch mit dem Kandidaten des PB der SED, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Genossen Gerhard Schürer am 24. 4. 1978

Am 24. 4. 1978 wurde mit Genossen Schürer ein internes, persönliches Gespräch über die Probleme der SPK, der Volkswirtschaft, über Kaderfragen und über persönliche Angelegenheiten geführt.

Genosse Schürer gab eine Einschätzung über den politisch-moralischen Zustand in der SPK, welcher sich besonders im letzten halben Jahr aufgrund der sich ständig erhöhenden Schwierigkeiten bei der Realisierung einer objektiven

⁵² Gerhard Schürer, Begründung zur Vorlage „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen“ vom 30. 10. 1989, in: BA Berlin, DE 1/56320.

⁵³ Zit. nach Protokolle über die Gespräche mit Gerhard Schürer und Siegfried Wenzel, in: Pirker/Lepsius/Weinert/Hertle (Hrsg.), *Der Plan als Befehl und Fiktion*, S. 82.

⁵⁴ Die Aufzeichnungen wurden mit großer Wahrscheinlichkeit vom Leiter der Abteilung XVI-II/4, zentrale Planungs- und Finanzorgane, Oberstleutnant Horst Roigk, angefertigt und an den Leiter der HA XVIII, Alfred Kleine, sowie Minister Erich Mielke weitergeleitet. Dies bestätigte Alfred Kleine in einer mündlichen Mitteilung vom 25. 10. 2010.

Volkswirtschaftsplanung entwickelt hat. Ein Höhepunkt für die zugespitzte Lage in der SPK war das Auftreten einiger Genossen während der Leitungssitzung am 21. 4. 1978 (Gen. Klopfer, Gen. Lietz, Gen. Wenzel, Gen. Müller, Gen. Grünheid, Gen. Kopp, Gen. Schiefer)⁵⁵. Ausgangspunkt für diese Verhaltensweisen waren die zentralen Festlegungen zur Ausarbeitung der staatlichen Aufgaben für den Volkswirtschaftsplan 1979, die von außen in die SPK hineingetragen wurden und die bar jeder Objektivität sind und in keiner Weise der volkswirtschaftlichen Lage und Situation entsprechen. Die geforderten Leistungen zum Plan 1979 wären selbst überspitzt und zu hoch, wenn der Plan 1978 in der konzipierten Form, wie er durch die Volkskammer beschlossen wurde, erfüllt werden würde.

Die von der SPK für 1979 vorgelegten Materialien wurden durch die Parteiführung (Gen. Honecker, Gen. Mittag und Gen. Stoph) nicht akzeptiert, weil die Probleme der Zahlungsbilanz, die 1979 gelöst werden sollten, nicht berücksichtigt sind.

Abgesehen von der Tatsache, daß eine solche Forderung, das Zahlungsbilanzdefizit 1979 in Größenordnungen zu beseitigen, illusorisch ist und von absoluter Unkenntnis zeugt, wird es statt eines Abbaus des Zahlungsbilanzdefizits eine weitere Erhöhung der Verschuldung geben, wenn nicht durch die Partei- und Staatsführung grundsätzliche Maßnahmen in der Volkswirtschaft beschlossen werden.

Solche grundsätzlichen Maßnahmen sind

- Drosselung der Konsumtion;
- Maßnahmen zur Herstellung der Rentabilität und der Produktionswirksamkeit der getätigten Investitionen aus den vergangenen Jahren, die solche Produkte herstellen müssen, die auf dem Weltmarkt absetzbar sind;
- rigorose Einsparung des Verbrauchs von gesellschaftlichen Fonds, (strengste Sparsamkeit);
- Einhaltung der vorgegebenen Steigerungsraten im Export, wobei diese Steigerungsraten objektiviert werden müssen. Die jetzt angegebenen Steigerungsraten von 23–26% und in manchen Industriezweigen von 20–50% sind unreal und nicht erfüllbar;
- weitestgehende Importeinschränkung, besonders in den Bereichen, die für die Konsumtion bestimmt sind;
- keine weiteren sozial-politischen Maßnahmen, welche Auswirkungen auf den Warenfonds haben, da bereits jetzt nach vorläufigen Berechnungen ein Defizit im Warenfonds für 1979 von 1,7 Mrd. besteht und gegenwärtig alle Bemühungen der SPK (rechnerisch), diese Lücke im Warenfonds zu decken, scheitern, da objektiv durch Leistungssteigerung, Rationalisierung und Automatisierung gegenwärtig keine Voraussetzungen vorhanden sind, um diese Lücke zu schließen.

⁵⁵ Es handelt sich um eine Beratung der Bereichsleiter der SPK und Stellvertreter Gerhard Schürers: Heinz Klopfer, Bruno Lietz, Siegfried Wenzel, Richard Müller, Karl Grünheid und Friedrich Schiefer.

Zum Problem der Leistungssteigerung erklärte Genossen Schürer, daß diese als nur noch gering entwicklungsfähig betrachtet werden muß. Leistungssteigerungen in dem vorgesehenen Maße sind nur möglich, wenn in der produktiven Sphäre die notwendigen Rohstoffe, moderne Ausrüstungen und moderne Anlagen im Interesse der Automatisierung und Rationalisierung zur Anwendung kommen. Da wir in den vergangenen Jahren unsere aufgenommenen Kredite für sozial-politische Maßnahmen im wesentlichen einsetzten und bei den getätigten Investitionen nicht die Effekte erreichten, um weltmarktfähige Produkte für den Weltmarkt zu produzieren, sind diese Voraussetzungen nicht gegeben.

Die Arbeiterklasse kann noch so fleißig arbeiten bzw. den Willen dazu haben – wenn die Rohstoffe fehlen, werden Stillstandszeiten eintreten und wenn spezielle Ersatzteile, besonders aus der Zulieferindustrie, die weitestgehend vernachlässigt worden ist, nicht kommen, werden bestimmte Investvorhaben⁵⁶ (große Anlagen auf verschiedenen Gebieten) nicht wirksam werden.

Die gleiche Frage steht bei der Forderung der Importeinschränkung. Man kann die Importe nur bis zu einem gewissen Maße reduzieren. Es wäre notwendig, Importe besonders in der Konsumtion einzuschränken.

Solche Extravaganzen und unökonomische Maßnahmen wie ein Delikat- und Exquisitprogramm⁵⁷, Importe von Golf-Autos⁵⁸, der Bau von Gesellschaftsbauten, in denen Anlagen aus dem KA⁵⁹ installiert werden, große Summen von Valuta-Mark binden und letztendlich in der produktiven Sphäre keine Ergebnisse bringen, müßten sofort eingestellt werden bzw. um politischen Schaden zu verhindern und die Bevölkerung nicht gegen die Partei- und Staatsführung aufzubringen, auf dem jetzigen Niveau gehalten werden.

Das würde unter großen Anstrengungen bei einer weiteren Verschuldung im KA evtl. noch möglich sein, aber eine Forcierung der sozial-politischen Maßnahmen würde die Inlandversorgung nicht mehr gewährleisten, den Export weiter einschränken und zu einer noch größeren Belastung der produktiven Sphäre der Volkswirtschaft führen.

Genosse Schürer führte weiter aus, daß es notwendig ist, zu untersuchen, wo die Milliarden von Investitionen in der Industrie verbleiben. Nach seiner Auffassung werden sie nicht zweckmäßig eingesetzt, führen nicht zur Erhöhung der Produktion und der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, sondern es werden Schauobjekte wie Schwimmhallen, Opernhäuser, Pionierpaläste und sonstiger Luxus errichtet.

⁵⁶ Gemeint sind Investitionsvorhaben.

⁵⁷ In den seit 1962 eröffneten „Exquisit“-Läden wurden vornehmlich – überwiegend importierte – Qualitätswaren der Textil-, Leder- und Pelzindustrie zu stark überhöhten Preisen angeboten, die jedoch in DDR-Mark bezahlt werden konnten. 1976 wurden diese Verkaufseinrichtungen durch „Delikat“-Läden für den Nahrungs- und Genussmittelbereich ergänzt. In den 1980er Jahren gab es etwa 300 „Exquisit“- und rund 550 „Delikat“-Läden.

⁵⁸ Ab Januar 1978 lieferte das westdeutsche VW-Unternehmen 10.000 Golf-Pkw in die DDR als Teil eines Kompensationsgeschäftes.

⁵⁹ Abkürzung für: Kapitalistisches Ausland.

Bei dieser Gelegenheit erläuterte Genosse Schürer auch, daß das geplante FDJ-Treffen 1979 nach bisherigen Berechnungen ca. 250 Mio. kostet⁶⁰, eine große Menge Baukapazität gebunden wird, das Verkehrswesen belastet wird und Versorgungsprobleme entstehen, die befriedigt werden müssen. Er ist ja für ein Jungendtreffen, aber nicht in dieser bombastischen Form, was allen Prinzipien der Sparsamkeit widerspricht.

Genosse Schürer berichtete dann weiter, daß er alle diese Fragen im engen Kreis offen zum Ausdruck gebracht hat. Der Kreis setzte sich zusammen aus Gen. Honecker, Gen. Mittag, Gen. Stoph und zeitweise Gen. Krolkowski. Alle seine Bemerkungen wurden besonders im Zusammenhang mit der Vorlage zum Planansatz 1978 und auch im Zusammenhang mit den Hauptproblemen des Planes 1979 ohne große Diskussion beiseite geschoben.

Er sagte, daß er bereits 1975 das erste Mal bei einer internen Aussprache mit Gen. Honecker in Gegenwart des Genossen Mittag in „Ungnade“ gefallen ist, da er dort auch berichtete, wie die objektive Lage ist. Gen. Honecker habe ihm sehr erregt die Frage gestellt, ob er gegen die Beschlüsse des 9. Parteitages ist und ob er wünscht, daß man die Beschlüsse des 9. Parteitages ändert⁶¹. Auf eine sachliche Argumentation, die er in Gegenwart des Genossen Mittag mit Genossen Honecker führte, fand er kein Gehör. Gen. Mittag hielt sich bei dieser Diskussion völlig zurück.

Seit ca. einem halben Jahr kann er feststellen, daß sich die Angriffe auf die Arbeit der SPK durch die Parteispitze, geschürt vom Gen. Mittag, verstärken. Er musste auch wiederholt feststellen, daß durch den Generalsekretär Argumentationen gegen die SPK in internen Beratungen, aber auch im Politbüro gebracht wurden, die er vorher vom Genossen Mittag in analoger Form gehört hatte.

Genosse Schürer erklärte, die Kanonen richten sich auf die SPK, man sucht einen Schuldigen und die Geschichte der DDR lehrt, daß man nicht zum ersten Mal bei wirtschaftlich ernsthaften Situationen einen Sündenbock in der Arbeitsweise der SPK gefunden hat⁶².

Zurückkommend auf die Probleme innerhalb des Apparates der SPK berichtete Genossen Schürer über die Leitungssitzung am 21. 4. 78, wo alle diese Probleme

⁶⁰ Gemeint ist das „Nationale Jugendfestival“, das die FDJ vom 1. bis 3. Juni 1979 in Berlin veranstaltete. Dort trafen sich Hunderttausende von Jugendlichen zu politischen Kundgebungen und zahlreichen Kulturveranstaltungen. Das „Nationale Jugendfestival“ diente ebenso wie die traditionellen Pfingsttreffen der FDJ der politischen Legitimation der DDR als eigenständigem Staatswesen. Der obligatorische Vorbeimarsch der teilnehmenden FDJ-Mitglieder an der Partei- und Staatsführung sollte die vorbehaltlose Zustimmung der DDR-Jugend zum politischen Kurs der SED-Führung zum Ausdruck bringen.

⁶¹ Gemeint ist offenbar der VIII. Parteitag der SED vom Juni 1971, da der IX. Parteitag erst im Mai 1976 stattfand. Schürer bezog sich in seiner Erinnerung an die Aussprache mit Honecker auf das Jahr 1975.

⁶² Schürer spielt hierbei auf die ökonomischen Schwierigkeiten an, die im Herbst 1965 aus der Diskrepanz zwischen den angepeilten Wachstumsraten der Wirtschaft und den realen Möglichkeiten entstanden waren. Das Politbüro machte dafür Anfang Dezember 1965 die SPK und insbesondere deren Vorsitzenden Erich Apel verantwortlich. Am Tag nach der Politbürositzung beging Apel Selbstmord.

zur Diskussion standen und wo u. a. auch bemerkt wurde, daß Investitionen aus der Landwirtschaft weiter eingeschränkt werden müssen und die geplanten Zuwachsraten an Stickstoff, Kali, Phosphordünger für die Landwirtschaft zugunsten des Exports wichtiger Maschinen und Ausrüstungen bereitgestellt werden müssen.

Genosse Lietz⁶³, Stellvertreter des Vorsitzenden der SPK Landwirtschaft, erregte sich daraufhin außerordentlich, da er unter diesen Bedingungen seine Aufgabe als verantwortlicher Planer für die Landwirtschaft nicht wahrnehmen kann und seine Funktion zur Verfügung stellt. Es ist unmöglich, daß man von ihm fordert, bereits für 1979 einen Plan auszuarbeiten, der dem Stand des Jahres 1982 entspricht; daß man andererseits aber die notwendigen Fonds auf dem Niveau von 1977 belassen will und alles was für eine erhöhte Produktion erforderlich ist, zugunsten anderer wegstreicht.

Er erklärte weiter, daß er doch kein Zauberer wäre. Er ist beauftragt zur Verbesserung der NSW⁶⁴-Lage die Fleischreserve von 10 Kto aufzulösen. Das ist eine Illusion! Aufgrund der bestehenden Lage sind ja gegenwärtig nur noch 1,6 Kto vorhanden. Er bezeichnete solche Forderungen als Scharlatanerie.

Weiter äußerte er, daß man zur Kenntnis nehmen möge, daß er diese Art von Arbeitsweise nicht mehr länger mitmacht und daß er seine Ausführungen zu dieser Problematik auch als Kandidat des ZK gemacht habe. Genosse Schürer erklärte dazu, daß er Genossen Lietz beruhigt habe und zeigte auch die Ursachen auf.

Genosse Lietz wurde in der vergangenen Woche zum Genossen Grüneberg⁶⁵ bestellt, der die neuen Aufgaben aus den vorliegenden Materialien für 1979 während seiner Kur an der Ostsee studiert hatte. Daraufhin hat Gen. Grüneberg vom Gen. Lietz verlangt, daß er gegen jede Kürzung der Fonds in der Landwirtschaft auftritt und diese zurückweist. Sollte er dies nicht tun, würde Gen. Grüneberg dafür Sorge tragen, daß Gen. Lietz „rausfliegt“. In diesem Zusammenhang sind nach der Art des Gen. Grüneberg noch einige arge Beschimpfungen des Gen. Lietz und Schürer erfolgt. So bezeichnete Genosse Grüneberg den Genossen Schürer als einen eingefleischten Bürokraten, der nur stur seinen Plan rechnet usw.

Auf die Problematik des Stickstoffes und dessen Export erklärte Gen. Schürer, daß dies große Probleme mit sich bringt. Seine Forderungen, den Stickstoffverbrauch in der Republik einzuschränken bzw. die Bestäubung des Waldes mit Stickstoff zu minimieren, würde beispielsweise für die Bereiche Cottbus zur Folge haben, daß dort große Waldflächen der Vernichtung preisgegeben werden. Die industriellen Ballungskomplexe und die damit im Zusammenhang stehenden nicht genügenden Umweltschutzmöglichkeiten werden aktive Auswirkungen auf

⁶³ Bruno Lietz war von 1972 bis 1981 stellvertretender Vorsitzender der SPK und Leiter des Bereichs Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft. Im November 1982 wurde er Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft.

⁶⁴ Abkürzung für: Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet.

⁶⁵ Gerhard Grüneberg war seit 1960 Sekretär für Landwirtschaft des ZK SED und seit 1966 Mitglied des Politbüros.

den Waldbestand haben, deren Folgen z.Zt. nicht einschätzbar sind (Wasserwirtschaft usw.).

Er sagte weiter, die Landwirtschaft wurde vor einiger Zeit, Anfang des Jahres 1978, in gewissen Fragen kritisiert⁶⁶. Nun gibt es eine Reihe von führenden Genossen, die glauben, ihr Mütchen an der Landwirtschaft kühlen zu können, um von ihren eigenen Problemen abzulenken. Es ist aber nicht möglich, im Interesse der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, die nun mal abhängig ist von vielen Faktoren (Wetter usw.), riesige Investitionen um Importe (moderne Anlagen und Maschinen) zu streichen.

Bedauerlicherweise zeichnet sich immer wieder solche Tendenz ab, daß es keine straffe einheitliche Leitung entsprechend den Notwendigkeiten der Volkswirtschaft gibt, sondern einer spielt den anderen aus, einer redet dem anderen zum Munde, und das besonders in der Parteispitze und gegenüber dem Generalsekretär. Er mußte die Feststellung machen, daß der Generalsekretär die Kompliziertheit der ökonomischen Situation nicht erfaßt und offensichtlich auch nicht willens ist, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen. Er verlässt sich in allen Fragen, und das im verstärkten Maße, auf den Gen. Mittag. Vor 1 bis 2 Jahren konnte man mit Gen. Honecker noch über die anstehenden Probleme diskutieren, heute wird er kaum noch empfangen und gehört und wenn er Gen. Honecker mit bestimmten Fragen konfrontiert hat, äußert sich dieser zunächst nicht, aber er ist noch nicht wieder in seinem Arbeitszimmer, wird er durch den Generalsekretär angerufen und erhält dann Weisungen, die den gemachten Vorschlägen widersprechen und ausschließlich das Produkt des Gen. Mittag sind.

Genosse Schürer sagte, Genosse Honecker ruft nach solchen Zusammentreffen sofort Genossen Mittag an und lässt sich von ihm beraten. Äußerst bedauerlich empfindet es Gen. Schürer, daß Gen. Honecker in seiner Umgebung falsche Berater hat, die nach seiner Meinung die Gedankengänge des Genossen Honecker aufgreifen und, ob es geht oder nicht, sie versuchen durchzusetzen.

Das Verhältnis zwischen ihm und Genossen Mittag hat sich seit ca. einem halben Jahr verschlechtert und zugespitzt. Während früher Genosse Mittag alle ökonomischen Probleme von Anfang ihre Auftretens bis zur Realisierung und Durchsetzung bei sich konzentrierte, d.h. in der Wirtschaftskommission, in der Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz und in andern Kommissionen, die noch bestehen, ist jetzt die Tendenz zu bemerken, daß er alles von seinem Bereich als Wirtschaftssekretär abschiebt und versucht, diese Probleme der Regierung zuzuschieben. Während früher viele Maßnahmen durchgeführt wurden, ohne die Regierung zu informieren und ohne die notwendigen Beschlüsse zu fassen, versucht Genossen Mittag jetzt besonders im Zusammenhang mit der Ausarbeitung und Vorbereitung des Planes 1979 alle Probleme, Schwierigkeiten und sonstige Fragen in diesem Zusammenhang in die Kompetenz der Regierung einzuordnen. Ein Aus-

⁶⁶ Auf seiner Sitzung am 14. 2. 1978 zog das Politbüro in einem Beschluss „Lehren aus der Ernte“, in dem Leitungsmängel für die Einbußen bei landwirtschaftlichen Erträgen verantwortlich gemacht wurden.

druck dafür sind die jetzt gegenwärtig durchgeführten Planberatungen mit den Ministern durch die Genossen Stoph und Krolikowski.

Zur Person des Genossen Mittag erläuterte Genosse Schürer, daß er eine hohe Achtung vor seinem Fleiß und vor seiner Intelligenz hat. Er müßte nach seiner Meinung alle kommenden Schwierigkeiten, Folgen und Komplikationen genauestens einschätzen können. Er ist persönlich ein äußerst ehrgeiziger Charakter, der bestrebt ist, Macht bei sich zu konzentrieren und Macht auszuüben. Das zeigt sich besonders bei der Organisierung der Arbeitsweise seines Apparates, seines konsequenten Durchsetzungsvermögens von richtigen und falschen Maßnahmen, dem nicht Dulden von Widersprüchen durch Experten und bei seinem gesamten taktischen Verhalten (Ergänzung mündlich).

Genosse Stoph⁶⁷ identifiziert sich ausschließlich mit den Aufgaben, die er vorher im Politbüro zur Diskussion gestellt hat und die von dort bestätigt worden sind bzw. die in individuellen Absprachen zwischen ihm und Genossen Honecker erfolgten. Mit durchgeführten Aktionen, Maßnahmen und Entscheidungen volkswirtschaftlicher Art, mit denen er nicht konfrontiert wurde, identifiziert er sich nicht und zeigt auch keinerlei Aktivitäten, sich dort zu arrangieren.

Daraus ergibt sich, daß es Genossen Schürer häufig so geht, daß er völlig auf sich selbst gestellt ist mit Entscheidungen, die aus dem Parteiapparat kommen, im Nachhinein konfrontiert wird, sie einordnen muß und häufig nicht in der Lage dazu ist, weil dadurch neue Disproportionen in der proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft entstehen.

Als Beispiel führte Genossen Schürer an, daß sich der Genosse Tisch⁶⁸ offensichtlich in Absprache mit dem Generalsekretär auf dem Parteitag⁶⁹ hinstellt und verkündet, daß wir zusätzlich zum Plan 100 Tausend Wohnungen bauen werden. Er habe davon keine Kenntnis gehabt, ist jetzt aber mit den Auswirkungen konfrontiert. Nämlich, an diesen 100 Tausend Wohnungen hängen 100 Tausend Badewannen, 150 Tausend Armaturen, Gasherde, Elektroherde, Rohre, Fensterglas, Radiatoren usw. Diese Ausrüstungen sind im 5-Jahrplan nicht enthalten. Sie müssen aber beschafft werden – ein Import ist auszuschließen, eine zusätzliche Produktion gegenwärtig nicht möglich, da die planmäßig vorgesehene Summe der Neubauten von Wohnungen im günstigsten Falle wie vorgesehen erfüllt wird, wobei dabei bestimmt ein Auge zugeedrückt werden muß (Erneuerung von Altbaustoffen usw.).

In diesem Zusammenhang erläuterte Genosse Schürer, daß unsere Preispolitik volkswirtschaftlich unmöglich ist, jeder Realität widerspricht und offensichtlich einer falschen Idee entspringt. Wenn in der ganzen Welt, selbst in der großen Sowjetunion, sich die Rohstoffe, Konsumgüter und andere Produkte verteuern,

⁶⁷ Willi Stoph war von 1964 bis 1973 Vorsitzender des Ministerrates der DDR, von 1973 bis 1976 Vorsitzender des Staatsrates und von 1976 bis 1989 erneut Vorsitzender des Ministerrates. Seit Juli 1953 (bis November 1989) gehörte er dem Politbüro als Mitglied an.

⁶⁸ Harry Tisch war von 1975 bis 1989 Vorsitzender des FDGB. Dem Politbüro gehörte er seit 1971 als Kandidat und seit 1975 als Mitglied an.

⁶⁹ Gemeint ist der IX. Parteitag der SED vom Mai 1976.

dann kann man in der kleinen DDR nicht eine sogenannte stabile Preispolitik betreiben und aufrecht erhalten. Dafür gibt es keine Rechtfertigung, weder in politischer noch in volkswirtschaftlicher Hinsicht. Durch diese Preispolitik steigen die Subventionen des Staates in den genannten Sphären in das Unermeßliche. Wir entziehen mit diesen Subventionen beträchtliche Anteile aus dem National-einkommen und reduzieren dieses damit. Weiterhin werden bei unseren Menschen Bedürfnisse geweckt, die wir aufgrund unserer Preispolitik nicht bewältigen (sh. Lücke im Warenfonds von 1,7 Mrd. für 1979).

Darüber hinaus versorgen wir in beachtlichem Umfang die Bevölkerung der VR Polen, der CSSR und aufgrund der offenen Grenze nach Westdeutschland, Westberlin, die Transitstrecken und die Einreisenden von Westberlin mit billigen Waren und vor allen Dingen mit Nahrungsmitteln.

Alle diese Maßnahmen und Entscheidungen sind nicht durchdacht und die Experten und Wirtschaftsfachleute, die Minister der Industriebereiche werden meistens im Nachhinein mit solchen Fragen konfrontiert und sind dann veranlaßt, sie in irgendeiner Weise in den proportionalen Entwicklungsprozeß der Volkswirtschaft einzuordnen. Über solche Erscheinungen, wie sie im Zusammenhang mit dem Golf⁷⁰ aufgetreten sind, lohnt es sich nicht zu reden, da es in der Golf-Angelegenheit im Prinzip nichts gab, was nicht falsch gemacht worden ist.

Auf eine Fragestellung nach der Zweckmäßigkeit der Durchführung der geplanten Kompensationsgeschäfte⁷¹ in Höhe von 10–12 Mrd. VM erklärte Genosse Schürer, daß er prinzipiell für die Durchführung von Kompensationsgeschäften auf der Basis des Verhältnisses von 100:100 ist, d. h. die Summe des Aufwandes abzudecken mit zu liefernden Waren bzw. damit zu bezahlen. Er sieht darin eine Möglichkeit, eine Anzahl von Problemen der Zahlungsbilanz zu lösen, den Export zu steigern, weltmarktfähige Produkte herzustellen und dazu beizutragen, annähernd das offene Problem in der Warendecke der DDR zu reduzieren und dabei Fragen der Abschöpfung der Kaufkraft zu lösen. Er betonte aber, daß wir bisher nur ein solches Objekt auf dieser Basis errichtet haben. Es würde sich dabei um das neu erbaute Stahlwerk in Hennigsdorf handeln, alle anderen Objekte entsprechen gegenwärtig nicht diesen Anforderungen.

Mit Genossen Schürer wurde dann weiter über Probleme gesprochen, die das Bauwesen betreffen und die sich daraus ergebenden Komplikationen (Planmanipulationen im Bauwesen, das Ausweichen des Bauwesens von komplizierten werterhaltenden Objekten auf die Errichtung von neuen Anlagen und Gesellschaftsbauten bis zum Bau von FDGB-Heimen⁷², Schwimmhallen u. a. Objekte), die Fragen der engen Verbindung des Bauwesens zu Industriezweigen, Probleme

⁷⁰ Gemeint ist der Import von PKWs der Marke VW-Golf im Jahre 1978.

⁷¹ Die Kompensationsgeschäfte waren bevorzugte Praktiken im Handel mit westlichen Industrieländern oder Ländern der Dritten Welt, bei denen die Waren nicht ausschließlich mit konvertierbaren Devisen bezahlt werden mussten, sondern im Zuge eines Gegengeschäfts ganz oder teilweise mit einer anderen Ware oder Dienstleistung beglichen wurden. Kompensationsgeschäfte waren im Ost-West-Handel üblich, da die ostdeutschen Geschäftspartner devisenschwach waren.

⁷² Gemeint sind Ferien- bzw. Erholungsheime der Einheitsgewerkschaft FDGB.

der Koordinierung und die in diesem Zusammenhang auftretenden Verhaltensweisen von Ministern, Kombinatdirektoren und Generaldirektoren von BMK⁷³ (BMK-Ost 80 Mio. Planmanipulationen).

Auf die Frage, wie es möglich ist, daß bereits jetzt im I. Halbjahr 1978 durch das Präsidium des Ministerrates beschlossen wurde, eine Planreduzierung von ca. 845 Mio. des Volkswirtschaftsplanes vorzunehmen, erklärte Genosse Schürer, daß die Ursachen darin liegen, daß die gestellten Forderungen von vornherein unreal waren und nur auf Druck der Parteiführung, speziell des Genossen Honecker und Stoph, erfolgten.

Genosse Schürer sagte, daß er 1977 bei der Vorlage der Konzeption zum Volkswirtschaftsplan 1978 das zweite Mal in „Ungnade“ gefallen ist. Diese Konzeption wurde entschieden zurückgewiesen und es wurden illusionäre Zielstellungen in den Plan aufgenommen, der durch die Volkskammer bestätigt wurde.

Die Konzeption 1978, welche von der SPK ausgearbeitet worden war, hatte bereits sehr schwerwiegende Aufgabenstellungen zum Inhalt. Es gab Zielstellungen auf dem Gebiet der Investitionspolitik, im Export und auch in Fragen der Reduzierung des Zahlungsbilanzdefizits bzw. der Verhinderung einer weiteren Verschuldung. Nach seiner Auffassung und nach Auffassung seiner Spezialisten wäre es möglich gewesen, diese Zielstellung zunächst annähernd zu erreichen, wenn nicht sozial-politische Forderungen in Größenordnungen in den Plan hineingedrückt worden wären. Im Ergebnis ist man jetzt gezwungen und wird im Verlaufe des Jahres weiterhin gezwungen sein, Plankorrekturen vorzunehmen.

In der weiteren Unterhaltung wurde nochmals auf die Fragen der Überplanbestände⁷⁴ eingegangen. Genosse Schürer erklärte dazu, daß er festgestellt hat, daß die Überplanbestände im Anwachsen sind und im weiteren Verlauf zunehmen werden. Solche Erscheinungen werden immer dann auftreten, wenn der Mechanismus der Volkswirtschaft nicht nach dem Gesetz der proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft funktioniert.

Er stellte an einem Beispiel dar, daß ein bedeutender Teil unserer Kombinate und Betriebe ohne Verträge produzieren, die Produkte nicht gebunden sind und damit der Absatz infrage gestellt ist. Das trifft für den Export als auch für den Verbrauch im Inland zu. So produzieren wir eine Reihe von Werkzeugmaschinen, deren Absatz nicht vertraglich gebunden ist und somit nach Endfertigung auf Lager gehen.

Eine andere Erscheinung zeigte sich im Zusammenhang mit der im Jahre 1972 abgebrannten Rohmontanwachsfabrik⁷⁵, ein sehr rentabler Exportbetrieb mit

⁷³ Abkürzung für: Bau- und Montagekombinat.

⁷⁴ Gemeint sind Warenbestände, die über die Vorgaben des Volkswirtschaftsplans hinaus produziert wurden, für die aber aufgrund mangelnder Qualität oder unzureichender Gebrauchsfähigkeit keine Abnehmer bzw. Käufer gefunden werden konnten.

⁷⁵ Gemeint ist die Montanwachsfabrik in Amsdorf (Sachsen-Anhalt), die seit 1922 Rohmontanwachs produziert und exportiert – ein fossiles Wachs auf pflanzlicher Basis, das auch heute noch aus der Braunkohle des Tagebaus Amsdorf gewonnen wird. Rohmontanwachs dient als Ausgangsstoff in der Putz- und Pflegemittelindustrie, als Präzisionsgusswachs und als Zusatz-

einer Valutarentabilität von 2,8⁷⁶. Der Betrieb wurde durch Importanlagen neu errichtet. Durch das Auftreten von Zeitverlusten (Baugeschehen, Zulieferungen) verzögerte sich die Fertigstellung. Nach Fertigstellung dieses Objektes mußte zur Kenntnis genommen werden, daß wir die Produktion des Betriebes nicht mehr absetzen können, da unsere ehemaligen Abnehmer im KA auf andere Rohstoffe und Materialien bzw. auf andere Hersteller in anderen Ländern sich umgestellt hatten und wir heute das Rohmontanwachs auf Lager produzieren.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Fragen der Exquisit- und Delikatprogramme kam das Gespräch auf den Bereich Kommerzielle Koordinierung.

Genosse Schürer sagte, daß er im Prinzip eine gute Meinung vom Leiter des Bereichs, Genossen Schalck⁷⁷, hat, da dieser eine Reihe von guten Geschäften für die DDR durchführt und durchgeführt hat; daß aber aufgrund von spontanen Forderungen vom Genossen Mittag im Auftrage der Parteiführung durch den Bereich Kommerzielle Koordinierung eine Reihe von Disproportionen geschaffen wurde, die sich volkswirtschaftlich auswirken. Er stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob Genosse Mielke denn nicht darauf Einfluss nehmen kann, daß solche sich negativ auswirkenden Maßnahmen eingeschränkt und beseitigt werden. Er habe den Eindruck, daß Genosse Mielke sich in diesen Fragen zurückhält, da das MfS durch den Bereich Kommerzielle Koordinierung recht gut verdient.

Mit Genossen Schürer wurden dann noch einige Kaderprobleme besprochen. Das Verhalten des Genossen Krause⁷⁸ wurde zum Anlaß genommen, um gewisse Voraussetzungen zu schaffen, den IM „Kosmos“⁷⁹ aus der SU zurückzuziehen und in der SPK perspektivisch einzusetzen.

mittel in der Gummi-, Kabel-, Plaste-, Bitumen- und Asphaltindustrie und findet ebenso in der kosmetischen Industrie Anwendung.

⁷⁶ Gemeint ist die Rentabilität aus dem Export in das westliche Ausland.

⁷⁷ Alexander Schalck-Golodkowski war seit 1966 „Offizier im besonderen Einsatz“ des Ministeriums für Staatssicherheit und als solcher im Außenhandelsministerium seit Dezember 1966 einer der stellvertretenden Minister sowie ab 1975 Staatssekretär. Seit April 1966 leitete er den Bereich „Kommerzielle Koordinierung“.

⁷⁸ Wolfram Krause war Sekretär der SED-Kreisorganisation der SPK und in dieser Funktion einer der Stellvertreter Schürers. Worauf sich Schürer hier bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

⁷⁹ Die Identität dieses Inoffiziellen Mitarbeiters des MfS konnte nicht ermittelt werden.



Oldenbourg
Verlag

Ein Wissenschaftsverlag der
Oldenbourg Gruppe

Othmar Plöckinger

Geschichte eines Buches: Adolf Hitlers »Mein Kampf«

1922–1945. Eine Veröffentlichung des
Instituts für Zeitgeschichte

2., aktualisierte Auflage 2011 | IX, 632 Seiten
19 Abb. und Grafiken | Leinen | € 59,80
ISBN 978-3-486-70533-1



Das Buch »Mein Kampf« ist wie keine andere Schrift zu einem Symbol des Nationalsozialismus und der nationalsozialistischen Herrschaft geworden. Gleichzeitig hält sich bis in die Gegenwart hartnäckig die Fehleinschätzung vom ungelesenen und unbeachteten »Bestseller«. Die Ergebnisse von Othmar Plöckingers Studie stellen derartige Klischees über »Mein Kampf« in Frage. Plöckinger zeichnet die komplexe Entstehungsgeschichte des Buches nach, die keineswegs von Willkür geprägt war; er entfaltet die weit verzweigte Publikationsgeschichte und verfolgt das schwer zu überblickende Nach- und Nebeneinander der verschiedenen Ausgaben und Auflagen. Sehr deutlich analysiert er schließlich die intensive Auseinandersetzung mit dem Buch in Deutschland vor und nach 1933 und in den Staaten der späteren Alliierten.

»Plöckingers Buch darf - im besten Sinne - als grundsätzliche Einleitung zur notwendigen Gesamtedition von 'Mein Kampf' gelten.«
Sven Felix Kellerhoff, *Die Welt*

Othmar Plöckinger, geboren 1965, ist Gymnasiallehrer für Deutsch, Geschichte und Mathematik in Salzburg.

Bestellen Sie in Ihrer Fachbuchhandlung
oder direkt bei uns: Tel: 089/45051-248
Fax: 089/45051-333 | verkauf@oldenbourg.de

www.oldenbourg-verlag.de